

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

24.03.2022

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Union und Branche pochen auf Atom-Laufzeitverlängerung**  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.2022* ..... 3
- 2 | **Schutt aus AKW Biblis: Zwischenlager im Gespräch – oder doch nicht?**  
*fr.de (Frankfurter Rundschau), 23.03.2022* ..... 4

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 24.03.2022 | S. 19

 Auflage: 210.488 | Reichweite: 940.692

 Christian Geinitz

## Union und Branche pochen auf Atom-Laufzeitverlängerung

### Brief an Scholz / Die Koalition steht auf der Bremse

**itz. BERLIN.** Die Bundesregierung würde die Diskussion um die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, die sei selbst angestoßen hat, gern beenden. Doch der Druck nimmt zu, das Thema nicht aus dem Blick zu verlieren. Dieser kommt zum einen von den Unionsparteien, aber auch aus der Wirtschaft. Nach der Unionsfraktion im Bundestag und der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) forderte am Mittwoch auch der Wirtschaftsrat der CDU, den für Ende des Jahres geplanten endgültigen Atomausstieg zu überdenken. "Eine mögliche Verlängerung der Laufzeit der hiesigen Kernkraftwerke muss in die energiepolitische Debatte mit einfließen", heißt es in einem noch unveröffentlichten Positionspapier des Wirtschaftsrats zur "Zeitenwende in der Energiewirtschaft", das der F.A.Z. vorliegt.

Die Organisation spricht sich auch "gegen einen verfrühten Ausstieg aus der Kohleverstromung im Jahr 2030 aus", den die Ampelkoalition anstrebt. Die Kohleverstromung müsse "mindestens bis in das Jahr 2038" andauern, so der Rat. An Kohle und Nuklearkraft festzuhalten sei wichtig als "direkte Reaktion auf massiv steigende Energiepreise und Versorgungslücken". Ähnliche Stimmen kommen aus der Wirtschaft. Ein führender Verbandsvertreter sagte in Berlin, die Regierung wolle über das Thema offenbar nicht mehr reden, es lasse sich aber nicht totschweigen: "Angesichts der katastrophalen Situation ist jeder Energiebeitrag wichtig, auch die Atomkraft. Das gilt für unsere Unternehmen ebenso wie für die Privathaushalte."

Der Branchenverband der Atomwirtschaft, Kerntechnik Deutschland, hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch in einem offenen Brief dazu aufgefordert, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern. Angesichts der aktuellen "Notsituation", in der schnellstmöglich russische Energielieferungen ersetzt werden müssten, gelte es, sofort Schritte einzuleiten, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen.

Die Regierung hatte die Reaktivierung kürzlich verworfen, auch im jüngsten Entwurf der Ampelkoalition zum

"Maßnahmenpaket zum Umgang mit hohen Energiekosten", welcher der F.A.Z. vorliegt, heißt es: "Dabei schließen wir die Atomkraft weiter aus." Kerntechnik-Geschäftsführer Thomas Behringer argumentiert dagegen: Was die Stromversorgung angehe, müssten die Kernkraftwerke "zweifelsohne" weiterlaufen. Zuletzt trugen sie noch fast 12 Prozent zum Elektrizitätsverbrauch bei. "Mit ihrer Verfügbarkeit rund um die Uhr, zudem dabei auch klimaschonend, stabilisieren sie nicht nur das Stromnetz im Notfall, sondern können auch einen nicht unerheblichen Teil des Grundlastbedarfs decken", heißt es in dem Schreiben.

Die Zahl der Kraftwerke wird nicht genannt, doch bezieht sich der Verband sowohl auf die drei noch am Netz befindlichen Reaktoren als auch auf das Wiederhochfahren der drei 2021 stillgelegten. Nach Auffassung des Verbands, dem unter anderem Preussen-Elektra angehört, dauert der geplante Bau von Terminals zur Anlandung des Flüssiggases LNG viel zu lange. Gleiches gelte für den Ausbau der erneuerbaren Energien samt der dafür nötigen Netze. Hingegen gelte für die Weiternutzung der Nukleartechnik: "Diese Maßnahme könnte sofort beschlossen und kurzfristig umgesetzt werden."

Kerntechnik Deutschland hält den kürzlich vom Wirtschafts- und Umweltministerium vorgelegten Prüfvermerk für unbegründet, wonach die Laufzeitverlängerung nicht möglich sei. Das sei ein "Katalog von Hinderungsgründen, der nach unserer Ansicht vielfach fachlich nicht zutreffend ist und vor allem der derzeit kritischen Lage nicht gerecht wird." Behringers Brief endet fast flehentlich: "Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, bitte sorgen Sie jetzt für die Grundsatzentscheidung für einen Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zur Energiesicherung, damit die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden können." Wie zu hören ist, hatten die Regierung vor ihrer Ablehnung des Weiterbetriebs weder die Gesellschaft für Reaktorsicherheit noch die Reaktorsicherheitskommission gehört.

## Schutt aus AKW Biblis: Zwischenlager im Gespräch – oder doch nicht?

*Treffen beim Regierungspräsidium Darmstadt: SPD und Initiativen machen ihre Position gegen eine Lagerung von Biblis-Müll in Büttelborn deutlich.*

Es gibt eine breite Front gegen den Plan, atomare Abfälle aus Biblis auf der Hausmülldeponie in Büttelborn zu entsorgen. Das teilte Landtagsabgeordneter Gerald Kummer (SPD) dieser Tage mit.

Nachdem es bereits mehrere Termine vor Ort gegeben habe, seien nun Kreis- und Landespolitiker der SPD, unter anderem der Landrat des Kreises Groß-Gerau Thomas Will und Bürgermeister Marcus Merkel (beide SPD) sowie Mitglieder der Bürgerinitiative Büttelborn 21, gemeinsam mit Naturschützern in Darmstadt beim Regierungspräsidium (RP) vorstellig geworden, um ihre Position gegen die Lagerung von Abfällen aus dem Atomkraftwerk Biblis in Büttelborn deutlich zu machen. Dabei habe RP-Präsidentin Brigitte Lindscheid (Grüne) für mehr Transparenz bei den Zahlen gesorgt. Ihrer Meinung nach werde es „bei rund einer Million Tonnen Abfall auf alle Fälle Materialien geben, die in Biblis verbleiben, so dass es ohne ein Zwischenlager für Abfälle dort gar nicht gehe“, zitiert Kummer. Dies bestärke die SPD in ihrer Entschlossenheit, Büttelborn von Strahlenmüll frei zu halten. Die beste Lösung sei, den Abfall in einem Zwischenlager in Biblis zu lassen.

Indes dementierte das RP auf Anfrage der Frankfurter Rundschau Lindscheids Äußerung zu einem Verbleib von einer Tonne Material in Biblis und einem dortigen Zwischenlager: „Hierzu wurden seitens des Regierungspräsidiums keine Aussagen getroffen“, teilte RRSprecher Guido Martin mit. Bestätigen konnte er aller-

dings, dass es sich bei dem derzeit in Prüfung befindlichen Antrags um 3200 Tonnen mineralischer Abfälle aus dem Rückbau handele, die einer spezifischen Freigabe zur Beseitigung unterzogen werden sollen. Seitens des RP sei im Rahmen des vorliegenden Verfahrens nicht mehr zu prüfen „ob der Abfall auf die Deponie dürfte“, sondern ob es in Südhessen eine geeignete Deponie zur Beseitigung der fraglichen Abfälle gibt und ob eine Gestattung für den Betreiber zumutbar ist.

Bisher hatten sämtliche angefragten Deponien eine Lagerung abgelehnt. Kummer kündigte an, man werde alle Möglichkeiten nutzen, auch rechtliche, falls Abfall aus Biblis nach Büttelborn geschickt würde. „Eine solche Entscheidung würde die Akzeptanz der Deponie in der Bevölkerung zunichte machen“, so Kummer. In unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung strahlenden Bauschutt dauerhaft zu lagern, sei „vollkommen inakzeptabel.“

Da für das Freigabeverfahren Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) zuständig sei, sei klar, dass die Gruppe ein weiteres Gespräch in Wiesbaden führen werde, kündigte Kummer an.

Auf der Mülldeponie in Büttelborn könnte sogenanntes freigetestetes Material aus Biblis landen – etwa Bauschutt und Gebäudeteile aus dem Abriss. Deren Strahlung wird vom Umweltministerium als äußerst gering und nicht gesundheitsgefährdend eingeschätzt.